

Rede
des Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und
nationale Minderheiten,
Herrn Hartmut Koschyk, MdB,
anlässlich der Gedenkfeier zum Tag des Selbstbestimmungsrechts
im Haus der Heimat,
am 1. März 2015
in Stuttgart

Für die Einladung zur heutigen Gedenkfeier danke ich Ihnen herzlich. Es ist für mich eine große Ehre und besondere Freude, als Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten zu Ihnen sprechen zu dürfen. Ich darf Ihnen bei dieser Gelegenheit die Grüße und guten Wünsche der Bundesregierung überbringen.

Es freut mich sehr, dass Sie den Tag des Selbstbestimmungsrechts heute hier in Stuttgart begehen. Es ist der Ort, an dem vor nunmehr bald 65 Jahren die „Charta der Heimatvertriebenen“ unterzeichnet wurde. Ein Dokument, welches das Selbstverständnis und das Handeln nicht nur der Sudetendeutschen, sondern aller deutschen Heimatvertriebenen wie kein zweites prägt und ihnen bis heute Halt und Richtung gibt.

Wir sind heute hier zusammengekommen, um gemeinsam der Ereignisse und der Opfer des 4. März 1919 zu gedenken, einem Tag, an dem Schüsse tschechischen Militärs auf unbewaffnete sudetendeutsche Demonstranten die Forderung nach Selbstbestimmung gewaltsam und

nachhaltig unterdrückt und somit zu einem ersten tragischen Tiefpunkt der deutsch-tschechischen Beziehungen geführt haben.

Am Dienstag, dem 4. März 1919 demonstrierten auf gemeinsame Initiative der Sozialdemokraten und der Deutschnationalen die Menschen in zahlreichen Städten des Sudetenlandes friedlich gegen die Nichtzulassung zu den Wahlen zur Provisorischen Nationalversammlung der Republik Österreich im Februar 1919, gegen die Eingliederung in die am 28. Oktober 1918 ausgerufene Tschechoslowakische Republik und für den Verbleib in der Republik Österreich.

Vorausgegangen war die militärische Besetzung der selbsternannten Provinzen Deutschböhmen, Sudetenland, Deutsch-Südböhmen und Deutsch-Südmähren durch tschechische Truppen zwischen dem 1. November 1918 und dem 31. Januar 1919, obwohl die letzten Reichsratsabgeordneten dieser Gebiete - als Mitglieder der Provisorischen Nationalversammlung in Wien – am 12. November 1918 noch für die Einführung der Republik Österreich und den Zusammenschluss mit Deutschland gestimmt hatten.

Konkreter Anlass für die Demonstrationen am 4. März 1919 war die an diesem Tag stattfindende Eröffnungssitzung der konstituierenden Nationalversammlung Österreichs in Wien.

Zu den Forderungen der Demonstranten gehörte an erster Stelle das Selbstbestimmungsrecht der Völker, das von US-Präsident Woodrow Wilson am 8. Januar 1918 als Grundprinzip für eine Friedensregelung im Zusammenhang mit dem Ausgang des Ersten Weltkrieges gefordert wor-

den war. Die Friedensregelung sah jedoch im Ergebnis kein Selbstbestimmungsrecht für die deutschen Volksgruppen in den neu gebildeten Nationalstaaten im östlichen Europa vor, sondern lediglich vage ausformulierte Minderheitenschutzrechte. Die in den tschechoslowakischen Randgebieten lebende Bevölkerung sah die Erfüllung ihres Selbstbestimmungsrechtes im Anschluss an die Republik Österreich. Außerdem forderten die Demonstranten den Abzug der tschechischen Truppen und die Freigabe zurückgehaltener Lebensmittel- und Kohlelieferungen.

Paramilitärische tschechische Einheiten setzten den Demonstrationen jedoch an diesem Tag kurz nach Mittag in mehreren Städten durch Schüsse in die Menge ein gewaltsames Ende. Dabei kamen 52 Deutsche und zwei tschechoslowakische Polizisten ums Leben und 104 Menschen wurden verwundet.

In den noch im selben Jahr unterzeichneten Friedensverträgen von Versailles (mit dem Deutschen Reich) und von Saint-Germain (mit Österreich) wurde seitens der Alliierten schließlich ein Vereinigungsverbot formuliert, das den Anschluss Deutschösterreichs an das Deutsche Reich verhinderte und außerdem die Staatsgrenzen der Tschechoslowakischen Republik für unverletzbar erklärte.

Die Opfer des 4. März 1919 sind zu den Demonstrationen gegangen, weil sie sich in ihrer Selbstbestimmung verletzt sahen. Die Verwehrung dieses Rechts und die blutige Reaktion des tschechischen Militärs haben den Beginn für ein neues Zusammenleben von Deutschen und Tschechen in der damals neu gegründeten Republik von Anfang an schwer belastet.

Das schmerzliche Schicksal der Sudetendeutschen setzte sich insbesondere nach dem Zweiten Weltkrieg fort, indem die deutsche Minderheit in der Tschechischen Republik die Last der Verantwortung Deutschlands für die grauenhaften Verbrechen des Dritten Reichs in besonderer Weise tragen musste.

Diese gemeinsame und teils sehr leidvolle Geschichte, die Tschechen und Deutsche verbindet, hat viele Wunden hinterlassen. Auf dem Weg der Versöhnung ist daher gerade die ehrliche und umfassende Erinnerung von besonderer Bedeutung. Der am 31. Januar diesen Jahres verstorbenen Altbundespräsidenten Richard von Weizsäcker formulierte in seiner historischen Rede am 8. Mai 1985 vor dem deutschen Bundestag treffend:

"Wer aber vor der Vergangenheit die Augen verschließt, wird blind für die Gegenwart."

Treffend deswegen, weil neuem Unrecht nur vorbeugen kann, wer begangenes Unrecht beim Namen nennt und den Opfern so ihre Würde zurückgibt. Die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit im europäischen Raum mit Respekt für die Perspektive der Anderen ist unabdingbar für den weiteren Verständigungs- und Versöhnungsprozess.

Vor dem Hintergrund, dass Flucht und Vertreibung keine Themen sind, die allein der Vergangenheit angehören, war es sehr wichtig, dass die Bundesregierung am 27. August des vergangenen Jahres beschlossen hat, ab dem Jahre 2015 jährlich am 20. Juni den „Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung“ zu begehen. Flucht und Vertreibung sind auch Teil der europäischen Geschichte im 20. Jahrhundert. Millionen

Menschen mussten im Kontext des von Deutschland ausgegangenen Zweiten Weltkrieges ihre Heimat verlassen. Am „Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung“ wird künftig der weltweiten Opfer von Flucht und Vertreibung und insbesondere der deutschen Vertriebenen gedacht. Hierdurch wird deutlich gemacht, dass der Wille und die Kraft zu Versöhnung und Neuanfang, der gemeinsame Aufbau und Zusammenhalt in der Gesellschaft das Fundament bilden, auf dem Deutschland heute Menschen aus 190 Nationen eine Heimat bietet.

In Ansehung der Vergangenheit kommt gerade den deutsch-tschechischen Beziehungen ein besonderer Stellenwert zu. Ich bin froh, dass 70 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges Deutschland mit der Tschechischen Republik und insbesondere auch mit den Angehörigen der deutschen Minderheit in der Tschechischen Republik eine gute Partnerschaft verbindet.

Das schwere Schicksal, das Sie, sehr verehrte Sudetendeutsche, erleiden mussten, hat Sie nicht daran gehindert, die Verständigung mit unseren Nachbarn im Osten zu suchen. Es hat Sie vielmehr geradezu dazu motiviert. Sowohl durch den lebendigen Austausch mit den tschechischen Mitbürgern und den in der Heimat verbliebenen Landsleuten als auch mit der Durchführung vielfältiger kultureller und verständigungspolitischer Veranstaltungen, die Deutschland ebenso wie die Tschechische Republik bereichern, haben Sie tragfähige Fundamente für die Verständigung und Versöhnung beider Länder errichtet. Auch im vergangenen Haushaltsjahr stellte das Bundesministerium des Innern für zahlreiche

verständigungspolitische Seminare Ihrer Bildungsstätten - wie beispielsweise dem Sudetendeutschen Sozial- und Bildungswerk „Der Heilighof“ oder der Akademie Mitteleuropa - Haushaltsmittel zur Verfügung.

Die Bildungsstätten haben seit der Öffnung der Grenzen im Jahre 1990 ein dichtes Netzwerk von Kontakten zu Menschen, Verbänden und Institutionen in der Tschechischen Republik aufgebaut. Seitdem wird auch mithilfe der finanziellen Unterstützung des Bundesministeriums des Innern ein intensiver Dialog gepflegt.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang auch insbesondere die regelmäßig vom Sudetendeutschen Rat durchgeführten „Marienbader Gespräche“ erwähnen, welche mit deutschen und tschechischen Vertretern des öffentlichen Lebens, vor allem Wissenschaftlern, Journalisten, Abgeordneten und Regierungsvertretern durchgeführt werden. Es hat mich sehr gefreut, dass es mir im vergangenen Oktober nach Besuch einer Veranstaltung der Landesversammlung der Deutschen in Böhmen, Mähren und Schlesien möglich gewesen ist, an den Gesprächen, die unter dem Motto standen „Die gemeinsame Geschichte - trennt oder verbindet sie“, teilzunehmen.

Zudem hat sich mir bereits im April letzten Jahres die Gelegenheit geboten, an der Eröffnungsveranstaltung des von der Ackermann-Gemeinde gemeinsam mit der Bernard-Bolzano-Gesellschaft veranstalteten Brünner Symposiums mitzuwirken und über das Thema „Minderheiten – in der Mitte oder am Rande unserer Gesellschaft?“ zu referieren.

Bei mehreren Besuchen in der Tschechischen Republik im vergangenen Jahr konnte ich mich vom Engagement und dem Selbstbewusstsein der deutschen Volksgruppe in der Tschechischen Republik überzeugen.

Diese hat nicht nur eine wichtige Brückenfunktion zu Deutschland, sondern sieht ihre Zukunft in der tschechischen Gesellschaft und bringt sich über die Landesversammlung der Deutschen in Böhmen, Mähren und Schlesien - mit ihren 21 Regionalverbänden, 15 Begegnungszentren und ca. 5.500 Mitgliedern - gemeinsam mit dem Kulturverband der Bürger deutscher Nationalität in der Tschechischen Republik aktiv in das wirtschaftliche, gesellschaftliche, kulturelle und politische Leben der Tschechischen Republik ein.

Damit leisten sowohl die Landsmannschaft der Sudetendeutschen als auch die Angehörigen der deutschen Volksgruppe als Botschafter der guten deutsch-tschechischen nachbarschaftlichen Beziehungen in einem Europa der Vielfalt einen aktiven, ganz konkreten Beitrag zum europäischen Einigungsprozess.

Diesen weiter fortzuführen, ist und bleibt ein wichtiges Anliegen der Bundesregierung. Daher bekennt sich die Bundesregierung auch im aktuellen Koalitionsvertrag vom November 2013 weiter zu ihrer besonderen Verantwortung für die deutschen Minderheiten, nicht nur in der Tschechischen Republik, sondern in ganz Mittelost- und Südosteuropa sowie den Nachfolgestaaten der Sowjetunion.

An dieser besonderen Verantwortung besteht kein Zweifel. Sie gilt jetzt und für die Zukunft. Aus dieser Verantwortung entsteht eine besondere Verbundenheit.

Der Bundesregierung ist die Aufrechterhaltung und Förderung der deutschen Volksgruppe ein besonderes Anliegen. Die Bundeskanzlerin hat hierauf auch noch einmal in ihrer bemerkenswerten Grundsatzrede zur

Vertriebenen-, Aussiedler- und Minderheitenpolitik am 30. August des vergangenen Jahres in Berlin anlässlich des Tages der Heimat des Bundes der Vertriebenen hingewiesen:

„Eine entscheidende Rolle für die Bewahrung kultureller Tradition haben natürlich diejenigen, die in ihrer Heimat in Ost- und Südosteuropa verblieben sind. Die Bindung an die deutsche Sprache und die dauerhafte Sicherung ihrer kulturellen Identität sind für die Angehörigen der deutschen Minderheit von essenzieller Bedeutung.

Ich möchte mich herzlich bei all denen bedanken, die aus Deutschland heraus helfend die Hand reichen, um dies zu ermöglichen. Auch die Bundesregierung wird ihre Hilfen fortsetzen. Sie wird weiterhin Maßnahmen zur Wahrung und Stärkung ihrer Identität und zu Verbesserung ihrer Lebensperspektiven fördern.“

Die Bundesregierung hat die deutsche Volksgruppe in der Tschechischen Republik in den vergangenen Jahren wirksam unterstützt und wird ihr auch zukünftig ein verlässlicher Partner sein.

Zwischen 1990 und 2014 unterstützte das Bundesministerium des Innern die deutsche Minderheit in der Tschechischen Republik mit Mitteln in Höhe von fast 15 Millionen Euro.

Das Ziel unserer Förderung ist vorrangig - so wie es die Bundeskanzlerin in Ihrer erwähnten Rede betont hat - die Aufrechterhaltung einer unabdingbar notwendigen dauerhaft vorhandenen Verbandsstruktur. Damit wird auch zur Funktionsfähigkeit der Begegnungsstätten als Orte ge-

meinschaftsfördernder Begegnungen der jeweiligen deutschen Volksgruppe untereinander und mit ihrem Umfeld beigetragen. Hierdurch wird die Identität unserer deutschen Landsleute mit dem Ziel der gleichzeitigen Öffnung ins Umfeld gestärkt. Ohne eine solche Struktur droht nicht nur die Wahrnehmung der deutschen Volksgruppe in der Tschechischen Republik als relevante Größe in der jeweiligen Bevölkerung verloren zu gehen. Vielmehr würde auch der Hilfgewährung zugunsten der deutschen Minderheit die logistische, kommunikative und operative Grundlage entzogen werden.

Genau aus diesem Grund habe ich bei meiner Reise nach Prag im Juni 2014 nicht nur mit den für die Angelegenheiten der deutschen Minderheit in der Tschechischen Republik zuständigen Ministern Jiří Dienstbier und Daniel Herman gesprochen, sondern mir auch viel Zeit für Beratungen mit den beiden Selbstorganisationen der deutschen Minderheit – der Landesversammlung der Deutschen in Böhmen, Mähren und Schlesien sowie dem Kulturverband der Bürger deutscher Nationalität in der Tschechischen Republik – genommen. Die Begegnung fand in dem von der Stadt Prag getragenen "Haus der nationalen Minderheiten" statt, einer Heimstatt für die deutsche und neun weitere nationale Minderheiten sowie Redaktionssitz der von der Landesversammlung herausgegebenen deutschsprachigen "Landeszeitung".

Ein weiterer Förderschwerpunkt liegt im Bereich der Wirtschaftshilfen. Bei den Wirtschaftshilfen handelt es sich um Ausstattungshilfen - zum Beispiel für Maschinen und Geräte - für kleine und mittelständische Betriebe und Unternehmen in Handwerk, Gewerbe und Landwirtschaft. Die Wirtschaftshilfen werden von einer Wirtschaftsstiftung - der Bohemia

Troppau o.p.s.¹ - als rückzahlbare Kredite vergeben. Die Kreditrückzahlungen, sogenannte Rückflussmittel, verbleiben als revolving Fonds bei der Stiftung und werden größtenteils wieder zur Kreditvergabe verwendet. Bei den Investitionshilfen wird auch das Umfeld der deutschen Landsleute in angemessenem Umfang mit einbezogen. Arbeitsplätze in den jeweiligen Regionen werden lang- und mittelfristig gesichert und neue Arbeitsplätze geschaffen. Die Wirtschaftshilfen tragen daher auch zur Stärkung der Regionen bei.

Darüber hinaus wächst auch in der Tschechischen Republik der Jugend, insbesondere im Hinblick auf den Fortbestand der deutschen Minderheit, eine besondere Bedeutung zu. Die Förderung der Jugendarbeit der deutschen Volksgruppe dient dabei in erster Linie der Identitätsfindung und -stärkung der Jugendlichen. Die Jugend muss als künftiger Träger kultureller Identität gestützt werden.

Zudem kommt der humanitären Hilfe als individuelle Unterstützung besonders Bedürftiger - vor allem der älteren Generation - besondere Bedeutung zu.

Der „Tag der Selbstbestimmung“ mahnt uns zu Frieden und Verständigung auf.

Das – vielleicht für viele selbstverständliche – friedliche Zusammenleben in der Europäischen Union ist angesichts der Geschichte ein Glücksfall. Noch vor 70 Jahren herrschte in Europa Hass, Hoffnungslosigkeit und Verzweiflung. Deutschland schien für immer geächtet, Europa für immer

¹ Vorsitzender der Bohemia Troppau o.p.s. ist Herr Richard Neugebauer

geteilt. Niemand hätte zu hoffen gewagt, dass - ein seit nunmehr 25 Jahren geeintes - Deutschland und die Tschechische Republik heute Partner in der Europäischen Union sind. Die europäische Integration weiter zu befördern, ist und bleibt daher ein wichtiges Anliegen der Bundesregierung. Die Rahmenbedingungen im immer enger zusammenrückenden Europa waren noch nie so gut wie heute.

In Anbetracht des dramatischen Ringens um Frieden und Sicherheit für die Ukraine ist der heutige Gedenktag jedoch zugleich Mahnung, dass Gewalt und Unrecht Konflikte nicht lösen, sondern weiter verschärfen.

Unser Bundespräsident Joachim Gauck hielt im Mai letzten Jahres eine vielbeachtete Rede in der Karls-Universität zu Prag und sagte dabei u.a. folgendes:

„Es ist gar keine Frage, dass die Geschichte der tschechisch-deutschen Beziehungen auch eine Geschichte des Leids ist. Manchmal erscheint es wie ein Wunder, dass wir unter der Last der Erinnerungen nicht schon längst erstickt sind. Manchmal erscheint es wie ein Wunder, dass es möglich war, uns überhaupt wieder in die Augen zu schauen, überhaupt wieder miteinander zu sprechen, überhaupt wieder den Mut zu finden, im Geiste von Verständigung und Versöhnung die Geschichte als eine gemeinsame fortzuschreiben. Wenn wir im Sinne von Václav Havel in der Wahrheit leben, finden wir Worte und Wege, die tatsächlich zur Versöhnung führen. Dank sei denen, die diesen schweren Weg vor uns bereits gegangen sind.“

In diesem Sinne wünsche auch ich Ihrer Gedenkveranstaltung einen guten Verlauf und freue mich auf viele, ertragreiche Gespräche mit Ihnen!